



Bericht der SP-Fraktion zur Kantonsratssitzung vom 25. März 2010

Gesetzesinitiative "Unser Kantonsspital ist Service public"

Die SP-Fraktion hat sich intensiv mit den möglichen rechtlichen Formen des Kantonsspitals auseinandergesetzt. In vielen Fällen befürwortet die SP öffentlich-rechtliche Trägerschaften. Aktuell wertet die Mehrheit der Fraktion die Sicherheit und Kontinuität für die Mitarbeitenden aber als prioritär ein; nach den turbulenten Zeiten soll wieder etwas Ruhe rund ums Kantonsspital einkehren. Um dies möglichst rasch gewährleisten zu können, folgt die Fraktion dem Antrag der Regierung. Die SP wird die Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Einflussnahme der Regierung indes genau im Auge behalten.

Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz)

Der SP ist es ein Anliegen, dass das Vertrauen zwischen der breiten Bevölkerung und der Verwaltung gestärkt wird, weshalb wir die Auseinandersetzung mit dem Ombudsgesetz begrüssen.

Bezüglich dem Whistle Blowing setzen wir uns klar für eine eindeutige, gesetzliche Regelung ein. Da es formal im Grundsatz aber richtig ist, den vorliegenden Passus zur entsprechenden Meldestelle zu streichen (§ 2 Bst. d), wünschen wir uns eine verbindliche Aussage der Regierung darüber, wann und in welcher Form eine solche umgesetzt werden soll.

Die Ombudsstelle soll regelmässig über die Tätigkeit berichten – darüber hinaus scheint es uns aber zentral, dass auch eine konzipierte Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden muss. Wir unterstützen daher den Antrag der Regierung: nur wenn die Ombudsstelle in der Öffentlichkeit genügend und gut bekannt ist, kann sie auch sinnvoll genutzt werden.

Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes

Die SP-Fraktion lehnt die *Streichung der Beschäftigtenzahlen* als Kennzahl im kantonalen Richtplan ab. Es scheint uns zentral, dass der Richtplan grundsätzlich auch als nützliches Planungsinstrument dienen kann und soll. Zahlen über Beschäftigte könnten darin ein Hilfsmittel darstellen.

Die SP stimmt der Festsetzung des Standortes für die Erweiterung der kantonalen Verwaltung gemäss Regierung zu; ebenso dem neuen Beschluss zu den Reitsportanlagen. Bei der Streichung des Beschlusses zu den elektrischen Übertragungsleitungen folgt die SP-Fraktion dem Antrag der vorberatenden Kommission.

Einführung des Öffentlichkeitsprinzips

Die sozialdemokratische Fraktion begrüsst die Einführung des Öffentlichkeitsprinzipes ausdrücklich und erachtet das Öffentlichkeitsprinzip grundsätzlich als grossen Fortschritt in der Kommunikation gegen aussen. Der vorliegende Bericht und Antrag der Regierung stellt eine taugliche Grundlage dar.

Zwei Objektkredite

Sowohl beim Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für bauliche Lärm- und Einsichtschutzmassnahmen bei der kantonalen Strafanstalt in Zug als auch bei jenem für die Planung und Ausbau des Sockelgeschosses des Kantonalen Zeughauses in Zug für eine neue Studienbibliothek der Stadt- und Kantonsbibliothek Zug folgen wir dem Antrag der Kommission.

Für die SP-Fraktion: Barbara Gysel